



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Hauptausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5862

A05

22. Oktober 2021

Seite 1 von 9

Telefon 0211 871-2800

Telefax 0211 871-3355

Sitzung des Hauptausschusses am 28.10.2021
Antrag der Fraktion der SPD vom 20.09.2021
„Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz
NRW, sowie über den Verfassungsschutzbericht 2020 und insbe-
sondere über den Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und
„Corona-Leugnern“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Hauptausschusses des Landtags
übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Berichterstattung ge-
mäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW, sowie über den Ver-
fassungsschutzbericht 2020 und insbesondere über den Sonderbericht
zu Verschwörungsmethoden und „Corona-Leugnern“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Hauptausschusses am 28.10.2021
zu dem Tagesordnungspunkt
„Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz
NRW, sowie über den Verfassungsschutzbericht 2020 und insbe-
sondere über den Sonderbericht zu Verschwörungsmmythen und
„Corona-Leugnern““

Antrag der Fraktion der SPD vom 20.09.2021

I. Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutz-
gesetz NRW

Der Bericht vom 14. Mai 2021 (Vorlage 17/5161) gibt einen Überblick über die vom Verfassungsschutz im Jahr 2020 durchgeführten Maßnahmen mit besonderer Eingriffsintensität (wie z.B. Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung oder Finanzaufklärungen) und benennt auch die Anzahl durchgeführter Maßnahmen. Diese Maßnahmen zur Informationserhebung dürfen nach dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz nur in besonderen Einzelfällen, unter strengen Voraussetzungen und mit Billigung der vom Parlamentarischen Kontrollgremium eingesetzten G 10-Kommission durchgeführt werden. Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Tätigkeit der Kommission findet sich in Artikel 10 des Grundgesetzes, der das Post- und das Fernmeldegeheimnis schützt.

Die Verteilung der Maßnahmen auf die einzelnen Phänomenbereiche spiegelt die Bewertung der Bedeutung dieser im Jahr 2020 in etwa wider, wonach die größte Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung weiterhin vom Rechtsextremismus ausging.



Das Parlamentarische Kontrollgremium ist in seinem Jahresbericht 2020 (Drucksache 17/12881) zu dem Ergebnis gekommen, dass der Verfassungsschutz von den ihm eingeräumten Rechten - insbesondere von seinen besonderen Auskunfts- und G 10-Befugnissen - weiterhin maßvoll Gebrauch gemacht hat.

II. Verfassungsschutzbericht 2020

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2020 macht deutlich, dass es in allen Extremismusbereichen – Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus – eine zunehmende Entgrenzung gibt. Extremisten versuchen, mit ihren Positionen Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu finden. Diese wird dabei von Rechtsextremisten, Linksextremisten, von Islamisten und neuerdings von „Corona-Leugnern“ angegriffen. Damit einher geht eine immer stärkere Radikalisierung und Vernetzung der Szenen im virtuellen Raum. Der Verfassungsschutz stellt in den vergangenen Jahren fest, dass sich insbesondere dort Einzelne oder Gruppen zu Gewalttaten motivieren lassen können.

Verschwörungsmmythen und „Corona-Leugner“

Ein besonderes Phänomen sind in diesem Zusammenhang die Protestbewegungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat diese Bewegung bereits seit März 2020 intensiv im Blick. Mit dem Sonderbericht zu Verschwörungsmmythen und „Corona-Leugnern“ wird ein neuer Extremismusbereich aufgezeigt, den es vorher so nicht gab. Es wurde früh erkannt, dass sich Teile der Protestbewegungen radikalieren und zunehmend demokratiefeindlicher werden. Beobachtet wurde, dass die Versuche, das Vertrauen in



die demokratische Ordnung zu erschüttern, vermehrt auch Sympathie im nicht-extremistischen Protestspektrum finden.

Dies hat dazu geführt, dass bundesweit ein neuer – sechster – Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet wurde. Deshalb beobachtet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seit Anfang Mai 2021 die Initiative "Querdenken" und die "Corona Rebellen Düsseldorf" und berichtet darüber. Hier bestehen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Delegitimierung des Staates. Für den Verfassungsschutz ist eine niedrige dreistellige Zahl an Personen relevant. Etwa 20 Personen sind als Aktivisten oder Verantwortungsträger bekannt, die beispielsweise über öffentliche Auftritte und Beiträge zur Logistik wesentlich zur Organisation und zum Fortgang des Protestgeschehens beitragen. Hinzu kommen Personen in 15 organisierten Gruppen.

Bei der zunehmenden Meinungsbildung im digitalen Raum spielen Fake News und Verschwörungsmymen eine Rolle. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz geht davon aus, dass die Beobachtung der verfassungsfeindlichen Delegitimierung des Staates eine längerfristige Aufgabe ist. Es muss damit gerechnet werden, dass die aktuelle Bewegung der „Corona-Leugner“ gegen die staatlichen Maßnahmen sich jederzeit auch ein anderes Vehikel suchen wird, um die demokratiefeindliche und sicherheitsgefährdende Haltung gegenüber Staat und demokratisch legitimierten Einrichtungen und Institutionen zu zeigen. Ansätze dazu gab es in diesem Jahr während der Flutkatastrophe, als sich Querdenker und Rechtsextremisten als Kümmerer inszeniert haben.

Zudem besteht die Gefahr einer weiteren Radikalisierung. Insbesondere kann das Freund-Feind-Denken einzelne Akteure auch zu Gewaltstraftaten motivieren. Ein solches Radikalisierungspotential zeigt ein Beitrag



aus einem Telegram-Kanal: „Also demnächst nur noch mit Reizgas und Schusswaffe nach draußen gehen.“ Diese Gefahr nimmt der Verfassungsschutz sehr ernst und bewertet in seinem Sonderbericht: „Insbesondere dort, wo gezielt Gewalt legitimiert oder dazu aufgerufen wird, ist ein Fortschreiten von Radikalisierungsprozessen zu vermuten, die in die Ausübung von Gewalt münden können“.

Politisch motivierte Kriminalität

In den meisten Bereichen sind die Zahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 gesunken. Im Bereich PMK-rechts gab es einen Rückgang um 7,4 Prozent, im Bereich der PMK-religiöse Ideologie, hierzu zählen beispielsweise Islamismus und Salafismus, gab es einen Rückgang um 38,1 Prozent. Die Zahlen im Bereich PMK-ausländische Ideologie sind um 48,3 Prozent gesunken. Im Bereich der PMK-links liegen die Zahlen nahezu auf Vorjahresniveau. Die Rückgänge sind vor allem auf Corona und die pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2020 zurückzuführen. Das extremistische Potential ist weiterhin sehr hoch, im Linksextremismus und im Islamismus gibt es beispielsweise mehr gewaltbereite Extremisten. Besonders aussagekräftig an den PMK-Zahlen ist der Bereich „nicht zuzuordnen“ mit einem Plus von 148 Prozent, der die neue Kategorie „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ widerspiegelt.

Unter diesen PMK-Bereich „nicht zuzuordnen“ fallen Straftaten, die bis dahin keinem Extremismusbereich zugeordnet werden konnten. Zu diesem Plus haben maßgeblich Straftaten im Zusammenhang mit den Protestbewegungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen beigetragen.



Rechtsextremismus

Seite 6 von 9

Eine zunehmende Entgrenzung zeigt sich im Rechtsextremismus mit den sogenannten Mischszenen. Rechtsextremisten vernetzen sich mit Rockern, Hooligans, Türstehern, Wutbürgern und Esoterikern und versuchen so, Anschluss an die bürgerliche Gesellschaft zu finden. Zuletzt war dies während der Flutkatastrophe im Jahr 2021 und zuvor bei größeren Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen festzustellen. Diese Mischszenen sind demokratiefeindlich und in Teilen gewaltorientiert. Dies gilt beispielsweise für die Gruppierungen „Steeler Jungs“ und „Bruderschaft Deutschland“ sowie für die rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Es besteht die Gefahr, dass sich aus diesen extremistisch dominierten Mischszenen heraus konspirative Kleingruppen wie die Gruppe S. bilden können, die Anschläge planen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die Mischszenen im Rechtsextremismus weiter intensiv im Blick, um so staatsgefährdende Bestrebungen früher erkennen zu können.

Im Fokus des Verfassungsschutzes steht außerdem der Rechtsterrorismus. Attentate wie in Hanau und Halle und der Fall der sogenannten Gruppe S. haben gezeigt, wie rechtsextremistische Ideologie Einzelne oder sogar ganze Gruppen zu rechtsterroristischen Angriffen motivieren kann. Auffallend ist, dass die ideologische Motivation besonders bei allein handelnden Tätern oftmals sehr unterschiedlich ist. Sie haben häufig kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, sondern kombinieren einzelne rechtsextremistische Ideologie- und Verschwörungselemente. Allein handelnde Täter können daher sowohl von einer rechtsextremistischen Gruppe beeinflusst als auch von gesellschaftlichen Entwicklungen motiviert werden.

Im Rechtsextremismus ist eine verstärkte Virtualisierung erkennbar: Rechtsextremisten nutzen vor allem Videoplattformen, um Jugendliche



und junge Erwachsene zu erreichen. Darüber hinaus tauschen sich Personen mit rechtsextremistischen Ansichten in Messengern und virtuellen Gruppen und bestärken sich dort gegenseitig in ihrem Hass auf das vermeintlich Fremde oder das „System“.

Linksextremismus

Linksextremisten versuchen, mit anschlussfähigen Themen wie Antifaschismus, Antirepression sowie Klimaschutz und Ökologie Kontakte zu nicht-extremistischen Gruppen zu knüpfen, in die Mitte vorzudringen und Protestgruppen an ihre Aktionsformen heranzuführen. Jüngstes Beispiel hierfür sind die Kundgebungen gegen das geplante Versammlungsgesetz in Nordrhein-Westfalen. Dort bildete sich bei einer Demonstration in Düsseldorf im Juni 2021 eine temporäre, anlassbezogene linksextremistisch dominierte Mischszenario aus nicht-extremistischen und extremistischen Spektren. Linksextremisten beanspruchen die Deutungshoheit über Verantwortlichkeiten für gesellschaftliche Missstände und verharmlosen Straftaten unter anderem als Form des „zivilen Ungehorsams“. Die sozialen Medien dienen dabei zur Radikalisierung, (inter-) nationalen Vernetzung und Mobilisierung untereinander.

Die Sicherheitsbehörden stellen fest, dass sich die linksextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen weiter gewaltbereit zeigt und die Hemmschwelle sinkt. Gewalt und schwerste Straftaten gegen das Leben sind mittlerweile in einigen Teilen der Szene zum legitimen Mittel und zur Durchsetzung ihrer Ziele erklärt. Dabei beanspruchen Linksextremisten auch hinsichtlich des Opferspektrums die alleinige Deutungshoheit: Neben vermeintlichen politischen Gegnern geraten auch Personen in den Fokus, denen Linksextremisten die Eigenschaft des politischen Gegners - begründet oder unbegründet - zuschreiben. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern richten sich Gewaltaktionen mittlerweile auch



gegen ausgesuchte Einzelpersonen, etwa in Form von gemeinschaftlich begangenen Körperverletzungen.

Seite 8 von 9

Islamismus

Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus hat weiterhin hohe Priorität für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz. Denn vom jihadistischen Salafismus und dem internationalen islamistischen Terrorismus geht nach wie vor eine hohe Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland und Nordrhein-Westfalen aus. Zwar hat sich die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene derzeit abgeschwächt, allerdings gibt es auch keinen Rückgang bei der Anzahl der extremistischen Salafisten in Nordrhein-Westfalen. Diese liegt derzeit bei 3.200 mit einer weiter leicht ansteigenden Tendenz. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz wird die Entwicklung weiter genau beobachten und darüber öffentlich berichten. Dabei setzen die Behörden verstärkt auf die Aufklärung im Internet und den sozialen Medien. Denn im Netz besteht weiterhin eine hohe Gefahr der Radikalisierung von Tätern, die für entsprechende Propaganda empfänglich sind. Das hat nicht zuletzt der vereitelte Anschlag auf die Synagoge in Hagen noch einmal deutlich gemacht.

Auch im Islamismus ist eine Entgrenzung durch den legalistischen Islamismus erkennbar, der eine besondere Gefahr für die gesellschaftliche Mitte darstellt. Organisationen wie der im Mai 2020 verbotene Verein Ansaar International bedienen nicht nur die Interessen von Extremisten, sondern hatten Einfluss weit in ein bürgerlich-muslimisches Spektrum hinein. Eine weitere Herausforderung für die Gesellschaft ist der Umgang mit legalistischen Islamisten wie der Muslimbruderschaft. Sie bemühen sich mit ihrem gewaltfreien Agieren, mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Behörden und Kirchen in Kontakt zu treten, um so ihre Akzeptanz und ihre Handlungsspielräume zu erweitern. Langfristig besteht so



die Gefahr, dass Vorstellungen des sogenannten „politischen Islam“ in der Gesellschaft akzeptiert werden und zumindest für Muslime eine Parallelgesellschaft mit eigenen Ordnungsvorstellungen etabliert wird. Dies würde mindestens zu einer Spaltung der Gesellschaft führen und potenziell auch erhebliche Probleme für die innere Sicherheit mit sich bringen.

Auch deshalb intensiviert der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seine Anstrengungen im Kampf gegen Islamismus und hat dafür das Präventionsprogramm „Wegweiser – Gegen Islamismus“ auf das gesamte, auch nicht gewaltbereite islamistische Spektrum ausgeweitet.

Cyberangriffe und Spionage

Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind nach wie vor Ziel politischer und militärischer Spionage. Propaganda und Falschnachrichten sowie Cyberangriffe und Erpressung von Personen und Organisationen nehmen weiter zu. Schwachstellen sind dabei insbesondere technische Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder Laptops. In den letzten Jahren hat sich sowohl die Zahl der Cyberangriffe als auch die der Opfer deutlich erhöht. Hinter einigen dieser Angriffe stehen mit hoher Wahrscheinlichkeit ausländische Nachrichtendienste.